



berta

#851

22/05/14

**Magazin der
Studierendenschaft**

gesprächskultur

Liebe Menschen,

Sprache schafft Realitäten. Nicht umsonst ist sie, obgleich dem Schein nach nur bloßes Zeichensystem, ein hart umkämpftes Feld. Über die Frage, wer spricht, über was sie*er spricht und in welcher Art und Weise, herrscht ein permanenter Streit: Dass sich die Landesrektor*innenkonferenz der Bildsprache abgeschlagener Köpfe bedienen kann, ohne dafür den für Studierendenvertretungen nur allzu vertrauten

Vorwurf der Hysterie zu hören zu bekommen, ist ein Aspekt davon. Ein anderer ist, dass es in Studierendenvertretungen leider auch Platzhirsch*kühe gibt, die eine Vollversammlung totreden und alle anderen Studierenden zum Schweigen zwingen können. Wer sich in den Kreisen der Arrivierten und Etablierten bewegt, kann Dominanz leben, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Die Sprache anderer Gruppen hingegen findet keinen

Anschluss: Für Wagenplätze gibt es keine adäquaten rechtlichen Regelungen, Interessen sozial Marginalisierter finden keinen Eingang in die etablierte Politik. Gerade auch die Berichterstattung über die Geschehnisse in der Ukraine zeigt: Politik ist auch immer Politik der Wahrheiten. Auf den folgenden Seiten findet ihr die unsere.

Die Redaktion.

Inhalt #851

HoPo

- Aktionstag Hochschulfinanzierung** S. 3
Redeverhalten auf der Vollversammlung S. 4
Vorstandsbericht: Bildet Initiativen! S. 17

Gesellschaft

- Exkursionsbericht Ungarn** S. 6
20 Jahre autonomes Zentrum KTS S. 7
Wagengruppe Sand im Getriebe im Interview S. 10
Marginalisierte Gruppen bei der Kommunalwahl S. 12
Handlungsmöglichkeiten gegen Racial Profiling S. 14
Eindrücke aus Kiew und Cherson S. 16

Service

- Service und Termine** S. 19

Studlive!

- Regeln für den Uniwahlkampf** S. 20

Warum geschlechtsneutral?

Der AstA tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“ oder den Gender-Star). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. Autor*innen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

Inhaltliche Verantwortlichkeit

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht die Meinung von Redaktion, AstA und/oder StuRa wieder. Sie sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, Meinungen von Einzelpersonen.

Preussische Tugenden

Die Ehrerbietung, die Amtsträger*innen in Deutschland entgegengebracht wird, ist legendär. Am berühmtesten ist wohl die Geschichte vom Hauptmann von Köpenick. Als Hauptmann verkleidet, stürmte ein Schuster mit der Hilfe einiger gutgläubiger Soldaten das Rathaus von Köpenick, verhaftete den Bürgermeister und plünderte die Stadtkasse. Inzwischen dient die Geschichte als heitere Anekdote für eine Gesellschaft, in der es reichte, sich in eine Uniform zu kleiden und in autoritativen Ton zu sprechen, um als Autorität anerkannt werden. Die Gepflogenheiten haben sich, vom preußischen Obrigkeitsstaat hin zu parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik, mittlerweile geändert. Möchte man zumindest meinen. Doch als dann Herr Schiewer, seines Zeichens Rektor dieser Uni, seine Rede im Studierendenrat am vergangenen Dienstag beendet hatte, klopfte der gesamte Saal einstimmig in gepflegter Manier auf den Tisch. So, als mache man das eben so. Auch davor zeigte sich das Gremien dem Amtsträger gegenüber respektvoll. So hatten alle Anwesenden andächtig den Worten des Herren in Anzug und Krawatte gelauscht. Wer sich zum ersten Mal im StuRa aufhielt, hätte meinen können, der Rat pflege immer jene akademische Haute Couture. Doch nur, um Minuten später eines Besseren belehrt zu werden: kaum hatte der Rektor die Tür hinter sich geschlossen, schnellte der Lärmpegel durch die zahlreichen Tischgespräche hoch.

Eric Steinsberger

Einmal Solidarität bitte!

Über die späte Erkenntnis des Rektorats in Sachen Hochschulfinanzen

Ein Mann, dargestellt als schwarzes Schema, um ihn herum der aus Warnhinweisen vertraute signalgelbe Hintergrund. Neben ihm, ihm zu Füßen, liegt sein Kopf, auf dem sich sein Doktorhut abzeichnet. Der Sprache, der sich gegenwärtig die Rektorenkonferenz des Landes Baden-Württemberg bedient, wäre, stammte sie von Studierendenverbänden, wohl allgemein für aktionistisch befunden worden. Ja, so sind sie halt, diese jungen, zumal euphorisch linken Studierenden, nicht ernstzunehmen, malen sie doch die Krise an jede Wand, hätte die weite Öffentlichkeit dann wohl gesagt. Umso überraschender, dass mit der Landesrektorenkonferenz, die doch sonst immer einen „höflichen“ Umgang, so der Rektor der Uni Freiburg, Schiewer, mit dem Ministerium pflegte, nun sich einer solchen Bildsprache bedient.



Könnte 10 Jahre nach den Studierenden inzwischen auch als Gedanke bei Herr Schiewer angekommen sein...

Tatsächlich scheint es um die Finanzen der Hochschulen des Landes schlecht zu stehen. Wurde offiziell von Seite der Rektor*innen immer die Fassade gewahrt, man habe die Lage im Griff, heißt es jetzt sogar, wie in der Erklärung des Senats der Uni Hohenheim, „weiter sparen heißt schließen“. Nachdem man sich wohl über Jahre mit den Versprechungen der Landesregierung, zumindest nicht zu kürzen, sein öffentliches Schweigen abkaufen lassen, sollen es nun die Studierenden richten. Wurde deren bisheriges Protestieren wohl als für diese Altersklasse nur allzu typisches Rebellentum und klassischen Zukunftspessimismus abgetan, so sollen sie nun das Zugpferd der Kampagne

der Rektor*innen darstellen. Denn der ursprüngliche Gedanke, für einen Tag lang alle Veranstaltungen auszusetzen, musste aufgrund dessen, dass die Lehrenden als Beamte nicht streiken dürfen, fallen gelassen werden.

Dabei ist, wie von den Rektoren verlautbart, die aktuelle Lage der Universitäten in finanzieller Hinsicht wirklich katastrophal. Hatten sie, unter der Zusage, zumindest immer dieselbe Geldmenge

Euro auf die, in dem vom Jahr 1998 datierenden Vertrag zugesicherten, 12, 5 Millionen anderweitig beschafft oder eingespart werden. Dass das Geld dann an anderer Stelle fehlen muss, ist offensichtlich.

Sei es die mangelhafte Ausstattung vieler Fachbibliotheken, überfüllte Vorlesungen, schlechte Betreuungsquoten. Je nach Fach und Fakultät schlägt mal das Eine, mal das Andere stärker durch. Selbst bei Prestigebauten wie der neuen Universitätsbibliothek scheint das Geld nicht zu reichen, sodass man, um den Schein des vitalen Hochschulstandorts zu erhalten, zwar eine schwarze Glanzfassade installiert, diese aber weit weniger als die ursprünglich vorhandenen Arbeitsplätze beherbergt. An anderer Stelle zeigen sich die Mängel umso drastischer. Das KG II, dass nun

umgebaut werden soll, wurde über Jahre allein aufgrund einer Sondergenehmigung betrieben. Denn im Brandfall wäre das Stahlgerippe, welches das Gebäude trägt, nur allzu schnell in sich zusammengefallen.

Wie eine Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bereits im Jahre 2011 zeigte, ist auch das Lohnniveau vieler akademischen Hilfskräfte im bundesweiten Vergleich kaufkraftbereinigt mit am niedrigsten. Dass am Institut für Soziologie Tutor*innen teils für weniger als drei Euro in der Stunde mit Studierenden Vorlesungen aufarbeiten, scheint hier nur die Spitze des Eisbergs. Auch, dass in dem Hochlohn-

land Baden-Württemberg nahezu der gesamte akademische Mittelbau sich in zumeist prekären Verhältnissen von Einjahresvertrag zu Einjahresvertrag hangelt, gehört längst zu einer Normalität, über die gemeinhin geschwiegen wird. So passen auch die Ausführungen des Rektors, Mitarbeitende in der Verwaltung klagten vermehrt über Burnout und Überlastung, nur allzu gut ins Bild.

Überraschend ist nur, dass all dies den Verantwortlichen am Fahrenbergplatz wohl erst jetzt in dem Maße bewusst geworden zu sein scheint, obgleich die Probleme doch bereits seit Jahren, teils seit Jahrzehnten bekannt sind. So verwundert, wie die Entwicklung, dass sich in den vergangenen fünfzig Jahren die Studierendenzahl bei gleichbleibenden

universitären Beschäftigten verdoppelt hat, kaum von Seiten der Hochschulen thematisiert wurde. Auch 1998, als die Universitäten erstmals ihre Zusage zum Solidarpakt gaben, hätte bereits absehbar sein dürfen, dass alleinig vom bei Beibehalten der Zahlungen des Landes auf Dauer wohl kaum die permanent steigenden Kosten zu decken sein würden. Geschwiegen wurde von den Rektor*innen dennoch weitestgehend.

Als 2010 die Studierenden die Unterfinanzierung zu einem der prominenten Themen des Bildungsstreiks machen, landesweit auch Hörsäle, sogar Straßekreuzungen und Bahngleise besetzen, reagierten die Damen und Herren aus den Rektoraten sogar zumeist nur mit Befremden. Selbst noch 2012 tat Rektor

Schiewer in Anwesenheit der Bildungsministerin und des Ministerpräsidenten die Klage der Studierenden über die schwierige Finanzlage der Universitäten mit einem Lächeln ab. Dass er dies vergangenen Mittwoch im Studierendenrat als Fehler bezeichnete, ist ein spätes Eingeständnis. Ob die gestrigen Aktionen der Unileitung jedoch nun als ein neuer Weg des Rektors wie auch seiner Kolleg*innen, in Koalition mit den Studierenden bedeutet, bleibt allerdings fraglich.

Eric Steinsberger

Eine typische Vollversammlung

Ein Kernstück der direkten Demokratie?

Mittwoch 14. Mai 2014 kurz nach 18.15, das Audimax der Universität Freiburg ist mit einigen Studis (genau genommen wohl so um die 140) gefüllt, die gespannt auf den Beginn der ersten Vollversammlung (VV) der Verfassten Studierendenschaft (VS) warten. Ja ein historischer Moment, der leider von nicht allzu vielen Studierenden wahrgenommen und mit mir geteilt wurde. Allerdings war die Werbung für die Vollversammlung auch erst sehr spät in die Gänge gekommen und ich tröste mich mit der Annahme, dass die geringe Beteiligung an der VV nicht am fehlenden Interesse der Studierenden liegt, sondern daran, dass sie von diesem Ereignis gar nichts mitbekommen haben.

Auf der Vollversammlung wurden verschiedenste Themen besprochen und Anträge abgestimmt, der folgende Bericht ist wohl weniger ein nach Objektivität-strebender Artikel als mehr Ausdruck meiner subjektiven Wahrnehmung. Nichtsdestotrotz möchte ich einige wichtige Fakten an den Anfang stellen. Die Vollversammlung ist nach der Urabstimmung das einflussreichste Gremium der Studierendenschaft. Bei

der Vollversammlung, die mindestens ein Mal im Jahr stattfinden soll sind alle Studierenden der Uni Freiburg – derzeit 24 590 an der Zahl – rede-, antrags-, und abstimmungsberechtigt. Ist die Vollversammlung beschlussfähig, das ist der Fall wenn 1% der Studierenden anwesend sind, in diesem Fall wären es 246 gewesen, haben die Beschlüsse der VV bindenden Charakter für die anderen Gremien der Studierendenschaft. Ist dies, wie bei dieser VV nicht der Fall sind die Beschlüsse allerdings immer noch empfehlend. Das heißt die Studierendenschaft muss sich in den zwei folgenden Sitzungen mit den Themen der VV beschäftigen, wobei die VV -Beschlüsse als Empfehlungen behandelt werden sollen.

„Somit ist die VV ein Herzstück der direkten Demokratie, denn – so die Idee – wirklich alle Studierenden können sich niedrig schwellig einbringen,“

Somit ist die VV ein Herzstück der direkten Demokratie, denn – so die Idee – wirklich alle Studierenden können sich niedrig schwellig einbringen und sich direkt an der Meinungsbildung und Positionierung der Studierendenschaft beteiligen.

Auf der Tagesordnung der VV am 14. Mai standen ein Infotop zur Verfassten Studierendenschaft, ein Antrag zu Bio-Fleisch in den Mensen, ein Antrag an das Rektorat zur Nicht-Erhebung von Gebühren auf Einstellungstests und Bok-Kurse, ein Antrag für die Nutzung von Flächen von Wagengruppen und ein Antrag zur Reduktion von Plakaten bei der Stura-Wahl.

Anfangs brauchte mensch etwas Geduld, denn bei den Formalia zur Sitzung war anscheinend unerwartet großer „Diskussionsbedarf“: Als es darum ging, die Tagesordnung zu beschließen wurde – ohne Begründung – der Antrag gestellt sich mit den Tops zu den Flächen für Wagengruppen und zur Plakatreduktion nicht zu befassen. Diese beiden Anträge wurden – Überraschung – mit großer Mehrheit abgelehnt. Anschließend baten

Mitglieder der Wagengruppe Sand im Getriebe ihren Top etwas früher zu behandeln. Sie waren für den Top extra mit vielen Leuten gekommen und mussten im Anschluss noch auf eine weitere Veranstaltung. Zu diesem Antrag gab es eine recht missgelaunte Gegenrede mit dem Inhalt, alle Personen hätten hier ja noch Termine und dies sei ja wohl ein schlechter Grund die Tops zu tauschen. Ergebnis: Der Antrag kam knapp nicht durch. Schade eigentlich, denn schaut man sich den Verlauf der VV an und sieht wie unstrittig dieser Top verlief, hätte das ein konsensfähiger, motivierender Top als Start in die VV sein können. Als wir dann mit dem ganzen Formalkram durch waren, war es dank der vielen Nebendiskussionen und GO-Anträge bereits 19 Uhr bis mit dem ersten inhaltlichen Top „Informationen zur Studierendenschaft“ begonnen werden konnte. Doch leider war zu diesem Zeitpunkt schon recht viel Aggression in der Luft, ich hatte das Gefühl anstatt Wertschätzung und Anerkennung für das Engagement der Personen standen teilweise Missgunst und gegenseitige Ab- bzw. Bewertung im Vordergrund. Das ist schade, denn ich glaube nichts wirkt abschreckender auf motivierte, junge Studis als rein taktisch gestellte GO-Anträge, Besserwissereien und persönliche Befindlichkeiten.

**„Nichts wirkt
abschreckender auf
motivierte, junge Studis als
rein taktisch gestellte GO-
Anträge, Besserwissereien
und persönliche
Befindlichkeiten.“**

Nun folgte die Vorstellung der Studierendenvertretung, Infos zur Uniwahl, zur Wahl der*des Prorektor*in für Studium und Lehre und zum Aktionstag gegen die Unterfinanzierung von Hochschulen am 21.Mai (lest dazu noch den Artikel auf S.x). Dieser Teil der VV lief reibungslos ab, einzig Matthias überraschte, als er erklärte die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft 1977 sei ein Relikt der Nazi-Zeit. Eine interessante Interpretation, aber es ist ja auch nicht ganz falsch den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger, der die Abschaffung veranlasste, einen Nazi zu nennen, im-

merhin war er Nazi-Richter und NSDAP-Gesinnungsgenosse der ersten Stunde.

Darauf folgte der Antrag auf Bio-Fleisch in den Mensen. Eigentlich ein Antrag der vom Inhalt her von praktisch allen Anwesenden geteilt wurde. Trotzdem begann nun eine langwierige Diskussion, die ich hier im Detail nicht wiedergeben werde. Auffällig war jedoch, dass vor allem Personen die hochschulpolitisch sehr aktiv sind ihre Gedanken und Anmerkungen einbrachten, Leute die nicht sowieso schon hochschulpolitisch aktiv sind, meldeten sich wenig zu Wort. Auch auffällig, Frauen standen wenig auf der Redeliste. Da diese nach Geschlecht und Erstredner*in Quotiert war, konnten Frauen damit rechnen gleich dran genommen zu werden wenn sie sich meldeten. Nach langwierigen Diskussionen bei dem es vor allem um Details ging, ging der Antrag auf Bio-Fleisch in den Mensen schließlich mit einer breiten Mehrheit durch und ich hatte den Eindruck, es war anscheinend nicht die Stimmung da, die Konsensfähigkeit des Antrags zu sehen. Die zwei folgenden Tops gingen dann vergleichsweise schnell von statten, vielleicht auch weil eine Zeitbegrenzung für die Tops eingeführt wurde. Beim Antrag an das Rektorat bezüglich der Nicht-Erhebung von Gebühren auf Einstellungstests und BOK-Kurse, dies können Hochschulen mit der Einführung des neuen Landeshochschulgesetzes im April 2014 nämlich tun, wurde der Antrag gestellt Formulierungen wie „neoliberal kapitalistische Gesellschaftsordnung“ die als zu reißerisch und unseriös wahrgenommen wurden, zu streichen. Dieser Änderungsantrag ging nicht durch und der Gesamtantrag wurde mit einer breiten Mehrheit beschlossen. Im Anschluss daran wurde der Antrag gestellt an das Rektorat der Uni Freiburg die Forderung zu stellen, dass Brachflächen beispielsweise an der Technischen Fakultät zur Zwischennutzung an die Wagengruppe Sand im Getriebe zu geben. Die Wagengruppe ist seit langem auf der Suche nach einem Wagenplatz, den sie auch pachten oder kaufen wollen und ihre Wagen wurden vor knapp einem Monat beschlagnahmt. Dieser Antrag rief keinen Diskussionsbedarf hervor, praktisch alle Anwesenden zeigten sich solidarisch mit der Wagengruppe und lediglich eine Person stimmte gegen diesen Antrag.

Nach diesem Antrag, es war mittlerweile nach 20.15 ging ein sehr großer Teil der Anwesenden und für den letzten Antrag, der die Reduzierung von Plakaten bei den Studierendenratswahl regeln wollte, waren nur noch sehr wenige (ca. 30) Leute anwesend. Trotz der geringen Zahl von Anwesenden füllte sich die Redeliste rasend schnell. Es zeigte sich, dass dieses Thema für viele HoPo-Aktive ein sehr emotionales ist und so wurde dieser Top dann nochmal sehr langwierig und es wurden viele Änderungsanträge gestellt. Am Ende geschah das was die Antragsstellenden verhindern wollten, der Antrag wurde abgelehnt. Bei der kommenden Uniwahl werden wir, wie die Jahre zuvor wohl wieder eine bunte Uni haben. Wie dies zu bewerten ist, ist sehr stark Geschmackssache, das zeigte auch diese VV mal wieder eindrucksvoll.

**„Vor allem Personen,
die hochschulpolitisch
sehr aktiv sind, brachten
Anmerkungen ein, Leute die
nicht sowieso schon aktiv
sind, meldeten sich wenig zu
Wort.“**

Gegen 21 Uhr war die VV dann vorbei. Schade, dass bei diesen wichtigen Themen teilweise rhetorisches und taktisches Geschick im Mittelpunkt standen. Alle Themen waren wichtig und interessant und ich bin gerade dabei zu überlegen wie sich VVs niedrigschwelliger gestalten lassen, so dass nicht nur HoPo-Interne mit diskutieren und Leute mit dem lautesten Organ und rhetorisches Geschick und auch hauptsächlich Männer (ja die Gender-Referentin schreibt) sich beteiligen.

Dies alles ist kein Spezifikum dieser VV sondern sollte wirklich langfristig überlegt werden. Wer also Lust darauf hat sich Gedanken zu der Frage wie sich VVs niedrigschwelliger gestalten lassen zu machen kann sich sehr gerne bei mir melden. Vielleicht lässt sich dazu ja ein AK gründen. Wer sich über diesen Artikel und die persönlichen Bewertungen auslassen möchte ist natürlich auch herzlich eingeladen sich an mich zu wenden.

Rebekka Blum

Budapest - Eine politische Exkursion

Die Organisator*innen der Exkursion der FS Politik berichten

Ungarn, ein Land in der Hand von Nationalist*innen? Zumindest könnte man diesen Eindruck gewinnen. Einschränkung der Pressefreiheit, Entmachtung des Verfassungsgerichts, Hetze gegen Roma, Abschaffung der Demokratie? Solche oder ähnliche Schlagzeilen zur Politik Viktor Orbáns scheinen eindeutig.

Doch stimmt dieses Bild? Das fragte sich eine Gruppe Politikfachschaffler*innen, als es darum ging, das Ziel der alljährlichen Fachschaftsexkursion festzulegen. Einmal im Jahr in ein politisch interessantes Land zu reisen, um sich ein eigenes Bild zu machen, ist inzwischen zur Fachschaftstradition geworden. Nach längerer Vorbereitungszeit standen schließlich 30 Teilnehmer*innen fest, zur Hälfte Politikstudierende, zur Hälfte Fachfremde. Mit dieser Gruppe machten wir uns am 6. April, dem Tag der ungarischen Parlamentswahl, auf den Weg nach Budapest.

Noch im Zug verfolgten wir die ersten Hochrechnungen. Die Fidesz Viktor Orbáns zwar mit deutlichen Verlusten, aber dank des neuen Wahlrechts wieder mit einer Zweidrittelmehrheit der Sitze, die rechtsextreme Jobbik mit einem Rekordergebnis. Unsere schlimmsten Befürchtungen schienen sich zu bestätigen. Doch umso interessanter versprach die nächste Woche zu werden, in der uns Gespräche mit zahlreichen Vertreter*innen aus Parteien, Stiftungen und Zivilgesellschaft erwarteten.

Der erste Tag startete mit einer Stadtführung. Ungeplant war selbst diese höchstpolitisch, denn unsere Stadtführerin erwies sich als überzeugte Anhängerin der Opposition. Klare Worte der Ablehnung zur Politik der wiedergewählten Regierung. Unser Bild schien bestätigt zu werden. Das die Lage doch nicht so einfach ist, wurde uns am Nachmittag in einem Vortrag an der deutschsprachigen Andrassy Universität vor Augen geführt.

Die Fidesz als normale konservative Partei?

Diese Lesart der Politik versuchte uns am folgenden Tag auch ein Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in einer polemischen, aber sehr amüsanten Diskussion nahezubringen: Die Fidesz als Vorbild für die CDU! Die Regierung lässt auf die Stromrechnung schreiben, wie viel Geld die Verbraucher dank der Politik Viktor Orbáns gespart haben? Wahlmanipulation? Vorbildliche Informationspolitik! Angela Merkel sollte sich ein Beispiel nehmen! Alle unsere Einwände wurden schnell als reine Betrachtung von außen verworfen.

Im Kontrast dazu zeigten uns zwei Mitarbeiter*innen der Friedrich-Ebert-Stiftung am Ende der Woche warum es eben doch angebracht ist, die Politik in Ungarn besorgt zu verfolgen. Ein mulmiges Gefühl bezüglich der politischen Lage in Ungarn hatte sich schon vorher eingestellt. Eine Roma, die als Journalistin beim staatlichen TV arbeitete, aber nach der Regierungsübernahme durch die Fidesz entlassen wurde, erzählte uns von ihren Erfahrungen. Besonders die Schilderung, wie die rechtsextreme Jobbik Vorurteile gegen Minderheiten in der Bevölkerung schürt, bedrückte.

Einen besonderen Höhepunkt der Exkursion stellten Treffen mit einem Abgeordneten der Fidesz und der MSZP (Ungarische Sozialistische Partei) dar. Gulyás Gergely (Fidesz) empfing uns im Parlament, Gábor Harangozó in der Parteizentrale der MSZP. Beide wurden mit kritischen Fragen konfrontiert, doch konnten mit ihren Antworten nicht wirklich überzeugen.

So versuchte der Abgeordnete der Fidesz uns zu erklären, warum eine neue Verfassung ohne Mitwirkung der Opposition verabschiedet wurde und warum



Die Exkursionsgruppe



Torbogen am umstrittenen „Haus des Terrors“, welches von der Exkursionsgruppe kritisch besucht wurde. Das „Haus des Terrors“ ist ein von der Fidesz-Partei konzipiertes Museum, indem die Zeit der Faschistischen „Pfeilkreuzler“ mit der kommunistischen Zeit in Ungarn gleichgesetzt werden.

deren Präambel nationalistische Bezüge enthält. Auch andere nationalistische Tendenzen in der Politik der Fidesz kamen zur Sprache.

Doch auch der Abgeordnete der MSZP überzeugte nicht. Eine klare Antwort, wie der Neuanfang der Partei nach den Korruptionsskandalen der Vergangenheit sich äußere, blieb er schuldig.

Phlipp Rack

20 Jahre autonomes Zentrum KTS

Die KTS wird 20 Jahre alt und das wird in einer autonomen Kulturwoche gefeiert

Wie die letzten 20 Jahre linker Kultur und Politik in der Kurzfassung aussehen, haben wir euch hier zusammengestellt.

Der Wunsch nach einem Autonomem Zentrum

Angefangen mit der Anti-AKW Bewegung der 70er Jahre in Whyll wird mit Hausbesetzungen in den 70er und 80er Jahren versucht der anhaltende Wohnungsnot bei vorhandenem Leerstand entgegen zu wirken. Das besetzte Dreisameck und der Schwarzwaldhof werden schnell, nicht nur wegen der alternativen Wohnkonzepte zum Sammelpunkt für Kultur und Kunst, der versucht einen Gegenpol zur Kommerzialisierung der Innenstadt darzustellen. Nach und nach entwickelt sich darin auch der Wunsch nach einem autonomen Zentrum (AZ). Das erste AZ im Glacisweg wird nicht wie das Dreisameck

und den vielen anderen besetzten Häuser durch Räumung beendet, sondern brennt aus unerklärlichen Gründen 1985 ab.

Vauban: Haus 11 & Haus 34

Anfang der 90er Jahre stehen mit dem Abziehen der französischen Armee aus der Vauban wieder viele Gebäude leer, die genutzt werden können. Der erste Versuch der Besetzung eines Kasernengebäudes weckt Hoffnungen: Das sogenannte „Haus 11“. Mit einer frühen brutalen Räumung werden diese schnell zu Nichte gemacht. Ein schneller Abriss, um Platz für einen Parkplatz zu machen, der mal



„Haus 11“



„Haus 34“ beim Abriss (1997)

wieder einige Jahre auf sich warten lässt, gibt Anlass für eine neue Besetzung als Reaktion auf das harte Vorgehen bei Haus 11 und das „Haus 34“ ist geboren. Schnell bekommt es den Namen KTS, das für „Kulturtreff in Selbstverwaltung“ steht. Gewählt wird er, weil zur selben Zeit das Millionenprojekt Konzerthaus für Unmut in der Stadt sorgt und dies den Arbeitstitel „Kultur- und Tagungsstätte KTS“ trägt.

Auf dem Weg in die Legalität

Einige Jahre hält sich die KTS in der Vauban, trotz vieler Räumungsandrohungen. Zur Feier der einjährigen Besetzung findet 1996 die erste „Love or Hate“ Parade für den weiteren Erhalt statt. Doch mit zunehmender Erweiterung des „Modell Stadtteils“ Vauban soll auch das Haus 34 endgültig weichen. Die Stadt tritt in Verhandlungen mit den linken Aktivist*innen und nach einigen Scheinangeboten zeichnet sich eine echte Alternative ab: Das Bahngelände in der Baslerstraße 103. Einzige Bedingung: die Vauban-KTS soll im Herbst 1997 freiwillig verlassen werden. Nachdem die Stadt für die KTS das ehemalige Betriebswerk der Deutschen Bahn angemietet hat, dauert es aufgrund von Umbaumaßnahmen allerdings noch bis zum Februar 1999, bis die KTS wieder offiziell ihre Türen öffnet.

Mit der Wiedereröffnung der KTS, die sich nun in der Legalität befindet, lebt linke Politik in Freiburg wieder auf und auch eine Reihe von neuen Gruppen und Initiativen finden ihren Platz in der KTS. Der Infoladen zieht wieder ein und eine

Reihe von Veranstaltungen und Aktionen füllen die Baslerstraße 103 mit Leben. Im Januar 2002 kommt der erste Koraktor, der nun auch das Programm der KTS beinhaltet, heraus und bis 2004 kann mehr oder weniger ungestört in der KTS Politik gemacht werden.

Zehn Jahre und eine Kündigung

Kurz vor dem zehnjährigen Bestehen flattert der KTS allerdings eine Kündigung von der Bahn ins Haus. Das autonome Zentrum behindert angeblich den Bahnbetrieb und soll weichen. Darauf wird eine breite Kampagne „KTS bleibt!“ gestartet, die durch bunten Protest, Demos und Aktionen deutlich machen kann, wie wichtig ein Zentrum für autonome Kultur sind. Doch ist der Erhalt der KTS nicht der einzige Kampf der zu dieser Zeit geführt werden muss. Die Wagenburg der Schattenparker wird mit der letzten „Love or Hate“ Parade 2007 und nach einem anarchistischen DIY (Do-it-Yourself)-Festival erkämpft.

Auch die nächsten Jahre sind von Protesten geprägt, dabei geht es mehr um gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge als der tägliche Kampf um unsere Räume und Plätze. Los geht es 2007 mit G8-Protesten, Kampagnen gegen Versammlungs- und Polizeigesetze im da-



Die KTS in der Baslerstraße (2004)

rauf folgenden Jahr und dem NATO-Gipfel 2009. Stadtpolitisch geht es allerdings mit Gentrifizierung und neoliberal-„grünem“ Ordnungswahn weiter. Einige Initiativen weitere linke Räume durch Häuserbesetzungen von leerstehenden Gebäude zu schaffen, scheitern und die Häuser werden allzu schnell geräumt. Nur kleine Erfolge, wie die Besetzung der Gartenstraße 19, die seit 4 Jahren besteht, können verzeichnet werden. Gerade die Räumung der seit 2009 auf dem Vauban-Gelände ansässigen Wagenburg „Kommando Rhino“, die einen spektakulären Polizeieinsatz benötigt, steht bildlich für die Nulltoleranz Position zu Wagenleben in Freiburg. Weiter geht dieser Kurs auch im letzten Monat mit der Beschlagnahme der Wagen von „Sand im Getriebe“.

Repression, Nazis und Bedrohungen

Aber auch gegen die KTS selbst gibt es Repression von staatlicher Seite. Die Vorstände des Fördervereins der KTS werden angezeigt, Nach der Rhino-Räumung gibt es eine Razzia in der KTS. Und im Januar diesen Jahres wird eine polizeiliche Videokamera, die auf die KTS gerichtet war, entdeckt. Doch nicht nur der Staat hat was gegen kritische und linke Politik. In den letzten Jahren werden wiederholt Anschläge von Nazis und rechten Spinnern auf linke Freiräume geplant und durchgeführt. Neben Brandanschlägen auf KTS und G19 bauen Nazis auch mehrmals Bomben, die gegen Linke und linke Räume eingesetzt werden sollen.

Kämpfen gestern wie heute

Die Bedrohung kritischer und linker Räume geht weiter. Nicht nur in Freiburg, wo das KuCa an der PH in Littenweiler diesen Herbst abgerissen werden soll. Bundesweit ist zu beobachten, dass linke Freiräume immer mehr der Verwertungslogik zum Opfer fallen. Gerade deshalb müssen wir gestern wie heute unsere Freiräume verteidigen, die wir zum durchatmen und führen unserer Kämpfe brauchen. 20 Jahre autonomes Zentrum in Freiburg ist bemerkenswerter Meilenstein linker Politik und daher ein Grund zum Feiern. Dies geschieht mit einer bunten Kulturwoche mit Aktionen und Veranstaltungen und allen Freund*innen der KTS.

Anna Tenberg



“Wir bleiben auf allen Wegen dran“

Die Wagengruppe Sand im Getriebe im Interview

Die Wagen der Gruppe Sand im Getriebe sind jetzt seit fünf Wochen vom Amt für Öffentliche Ordnung beschlagnahmt. Seitdem haben die Wägl*innen und Unterstützer*innen durch mehrere Demos und Flyer-Aktionen versucht auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Es wurde eine Petition auf Herausgabe der Wagen mit fast 2000 Unterschriften beim Oberbürgermeisterbüro eingereicht und viele Gruppen und Institutionen, u.a. der StuRa, haben sich mit Sand im Getriebe solidarisiert. In der letzten Gemeinderatssitzung vor den Kommunalwahlen wurde ein Antrag von Grünen/Junges Freiburg und Unabhängige Listen gemeinsam eingebracht, der die Prüfung von fünf Flächen als mögliche Zwischennutzungen für die Wagengruppe Sand im Getriebe vorschlägt, angenommen. Wir haben mit einer Person von Sand im Getriebe gesprochen.

Wie bewertet ihr die Debatte und den Beschluss des Gemeinderats letzte Woche?

Erstmal ist es interessant, dass doch 32 Stimmen für den Antrag auf Prüfung der fünf Flächen zusammen kamen. Mit dem Paragraph zwei vom Antrag waren wir allerdings nicht so zufrieden. Dort heißt es in der untypischen Formulierung, dass die Stadt nicht dazu verpflichtet ist Flächen zu suchen. Der Antrag wurde auch nicht von uns verfasst, sondern von den solidarischen Gemeinderatsfraktionen, federführend Timothy Simms von den Grünen, der beim Runden Tisch „Wagenplätze“ dabei ist. Trotzdem sind wir froh, dass der Gemeinderat insgesamt eine weitgehende Mehrheit, ohne OB Salomon, der CDU und der halben SPD Fraktion, gefunden wurde.

Und wie schätzt ihr die Resultate ein?

Wie die Flächenprüfung durch die Stadtverwaltung dann verläuft, schätzen wir nicht so rosig ein. Der Baubürgermeister hat schon in der Diskussion gesagt, er kennt nicht alle Flächen, aber ein paar sehen so aus, dass da in nächster Zeit was passiert und sie deshalb nicht geeignet sind. Aber die Verwaltung prüft ja, auch wenn sie jetzt muss, genauso, wie sie es sonst auch immer getan hat, und das war ja bisher nicht so positiv. Außerdem kann das Ganze noch bis Oktober dauern und das ist eine ewig lange Zeit.

Wie lange kann das Amt für Öffentliche Ordnung eure Wagen noch einbehalten?

Die Beschlagnahme kann bis zu sechs Monate dauern und danach sogar noch verlängert werden. Die Herausgabe der

Wägen ist an die Bedingung geknüpft, dass es legale Stellplätze für sie gibt. Deshalb ist es auch fraglich, ob der Appell des Gemeinderats, die Wagen herauszugeben etwas bringt. Die Punkte der Beschlagnahmeverfügung sind in den Augen des Amts für Öffentliche Ordnung ja immer noch problematisch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Wägen heraus gegeben werden, bevor diese erfüllt sind.

Wie ist der Gemeinderatsbeschluss einzuordnen, so kurz vor den Wahlen? Kann man auch sagen, das davon viel Augenwischerei war, um sich gut zu präsentieren?

Definitiv. Politik ist immer so ein Spielchen, bei dem man nie gewinnen kann. Das sieht man gerade bei den Grünen. Die haben auf Initiative von einzelnen Mitgliedern das Thema ja auch mit in ihr Wahlprogramm genommen. Das steht jetzt offiziell drin: „Wagenplätze passen zu Freiburg. Wir können uns Zwischennutzung auf Brachflächen vorstellen“. Da waren sie jetzt natürlich auch im Zugzwang und konnten den Antrag nicht komplett abschmettern. Aber es gibt jetzt schon Einschätzungen, dass sie da auch wieder zurück rudern möchten. Deshalb bleibt abzuwarten, was nach den Wahlen kommt.

Wir haben uns generell im Vorfeld viele Gedanken dazu

gemacht, ob es ein guter Zeitpunkt ist. Gerade die letzte Gemeinderatssitzung vor der Wahl, wo das ganze Gremium doch in zwei Monaten ganz anders besetzt ist – personell und philosophisch. Nicht dass es eine Entscheidung dieses Gemeinderats ist und nicht des Nächsten, der sich dann da wieder rausreden kann. Aber zeittaktisch und strategisch war es alternativlos. Durch die Wahlen ist ja auch mehr Druck da. Klar gibt es auch Wahlversprechungen, die nach den Wahlen nicht mehr gelten, aber vor den Wahlen kannst du da vielleicht eher eine Positionierung erwarten. Deshalb war das schon die richtige Aktion zum richtigen Zeitpunkt.



Wenn es also der Weg über den Gemeinderat zu städtischen Flächen nicht klappt, was sind eure Alternativen?

Wir bleiben auf allen Wegen dran. Schon im Vorhinein haben wir gesagt, wir wissen nicht wie es mit dem Gemeinderat laufen wird. Die Stadt wird uns ja nicht einfach so einen Wagenplatz geben. Es ist natürlich mit dem Beschluss ein Schritt mehr hin zu einer Lösung mit der Stadt gekommen und natürlich sind und bleiben Privatlösungen. Aber es ist sehr schwierig, wir suchen ja schon ewig und du kriegst nur Absagen.

Liegt es daran, dass viele Personen noch keine Vorstellungen vom Leben im Wagen haben?

Es ist im Einzelfall dann ganz unterschiedlich, bei welchem Schritt der Kontaktaufnahme abgebrochen wird. Mal erwähnt du beim ersten Anruf das Wort Wagenplatz nicht, kommst trotzdem nicht bis zu einem persönlichen Termin. Oder du erklärst es bei einem persönlichen Termin und es heißt ich kann das nicht machen hier, ich hab eine Klausel im Mietvertrag, dass da keiner wohnen darf oder es ist Gewerbegebiet. Irgendeine Verordnung gibt es leider immer, warum das nicht gehen sollte. Ich hab jetzt selbst noch keinen Ablauf mitgemacht, wo es mal weiter als zu den ersten Verhandlungen kommt und dann die Stadt Druck macht, aber da gibt es ja auch genügend Beispiele, dass Leute von der Polizei oder Ämtern Druck bekommen haben.

Also spielen da Akteur*innen wie Polizei und Verwaltung/Amt für Öffentliche Ordnung eine entscheidende Rolle?

Anscheinend. Wenn es mit den privaten Grundstücken dann auch nicht hin haut, was bleibt denn dann noch außer der Stadt? Wir wollen eigentlich nicht darauf festgenagelt werden, dass wir den Wagenplatz nur von der Stadt kriegen wollen und uns nur darum bemühen, weil das so einfach scheint von außen. Einfach ist es sowieso nicht. Es gibt halt fast keinen anderen Weg. Also man sieht das auch an anderen Wagenplätzen in

Freiburg, die sind fast alle städtisch.

Das konnte man auch in den Wortbeiträgen in der Gemeinderats-sitzung hören: „Wir haben schon Wagenplätze eingerichtet, das sind Sozialprojekte...“

Die brüsten sich immer damit, dass sie zwei „Sozialprojekte“ eingerichtet haben. Obwohl zu den Zeitpunkt gab es eigentlich Bedarf für 100 Wagen und nicht nur ein paar Punk@ mit Hund, wo sie dann zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen haben und sie Leute dann halt nicht in Wohnungen unterbringen müssen.

Das war ja auch eine ganz knappe Sache, 23 zu 24 war der Beschluss 1996 über drei Wagenplätze. Eine scheiß Stimme und es hätte einfach seit 1996 drei Wagenplätze gegeben. Was das für einen Unterschied gemacht hätte.



Vorm Rathaus am Tag der Gemeinderatssitzung

Andere Alternativen sind ja noch so große Institutionen wie Uni oder Bahn.

Das wird ja auch versucht. Auf der VV wurde der Antrag gestellt. Die Zwischennutzung bei der PH hat ja auch gut funktioniert. Hoffen wir mal, dass die Uni

da nachzieht und solidarisch ist in der Stadtpolitik. Weil sie ja auch einen große Teil als Institution in der Stadt ausmacht.

Was steht sonst noch an Aktionen so an? Wie kann man euch unterstützen?

Wir machen immer mal wieder ein paar kleine Sachen, wie nächste Woche Samstag die Fahrraddemo. Im Rahmen der 20 Jahre KTS Woche findet dann noch die „Love or Hate“ Parade statt. Es gab früher die großen Demos der KTS, die hießen „Love or Hate“, angefangen mit der Räumungsbedrohung 2004. Aber auch oft im Zusammenhang mit Wagenleben in Freiburg, die letzte Love or Hate war ja 2007 wegen der Schattenparker. Wenn man sich die Geschichte der Schattenparker anschaut, ist es bei Sand im Getriebe ja leider fast wie eine Wiederholung.

Also passt es ja auch gut da Kontinuität mit der Love or Hate reinzubringen.

Kannst du noch was zu den Wagentagen sagen?

Die Wagentage sind eine Wagensubkultur Veranstaltung, die drei bis vier Mal im Jahr stattfindet. Einerseits ist es Vernetzungs- und Kommunikationsstruktur von Wagenplätzen und andererseits auch mit Aktionen verbunden, gerade wenn in bestimmten Städten Wagenplätze und Gruppen bedroht sind. Die Wagentage im Juli wurden solidarisch an uns abgetreten, eigentlich hätten sie in München stattfinden sollen.

Vom 25. bis 27. Juli sind sie jetzt hier in Freiburg und der Samstag soll dann auch ein bunter Aktionstag sein zu dem hoffentlich viele Leute mit Karren kommen.

Anna Tenberg

Übersicht aktuelle Wagenplätze in Freiburg:

- Wagenplatz auf dem Gelände des Mietshausprojektes S.U.S.I
- Öko-Wagenburg Ölmühle, St.Georgen, seit 1992. Privat gepachteter Platz.
- Eselswinkel, seit 1998. Von der Stadt verwaltet.
- Biohum/Rieselfeld, seit 1989. Seit 2001 von der Stadt verwaltet.
- Schattenparker, seit 2005. auf städtischem Pachtgrundstück seit 2006.
- Diverse kleinere Gruppen auf Privatgeländen und öffentlichen Parkplätzen.

Ein lebenswertes Freiburg erhalten!

Man lässt wählen.

Wahrscheinlich werde ich für meinen Bachelor acht Semester studieren. Das ist, auch im Vergleich zu meinen Freud*innen, eine relativ lange Zeit für meinen ersten Abschluss. Nicht, dass es ein allzu verbreitetes Phänomen in meinem Umfeld sei, in sechs Semestern durch den Bachelor zu sprinten, doch nach sieben, höchstens acht Semestern gibt es genug Gründe, sich etwas Anderem zuzuwenden.

Doch trotz dieser vergleichsweise langen Studienzzeit werde ich genau eine Kommunalwahl erleben. Genau genommen werden wohl nicht nur die meisten meiner Kommiliton*innen nur diese eine Wahl in Freiburg erleben, sondern die Mehrzahl der aktuell über 30 000 Studierenden in Freiburg. So wird die kommende Wahl des Stadtrates für rund zwanzig Prozent der Wahlberechtigten in Freiburg die wahrscheinlich einzige während ihres Aufenthalts in der Stadt sein.

Dabei hat die Tatsache, dass im drei- bis vier-Jahres Rhythmus ein erheblicher Teil der zur Wahl berechtigten ausgetauscht wird, für die Gestaltung der lokalen Politik erhebliche Folgen. Denn neben dem Problem, dass Kommunalpolitik als allgemein wenig spannend wahrgenommen wird, schließt der aktuelle fünf-Jahres-Turnus eine enorme Gruppe von Wähler*innen von der Wahl des wichtigsten Gremiums auf lokaler Ebene aus. Sogar ist es möglich, in Freiburg einen Bachelor, leichter noch einen Master zu absolvieren, ohne überhaupt einmal die Möglichkeit gehabt zu haben, bei der Abstimmung über die Zusammensetzung des Gemeinderats mitzuzentscheiden.

So ist es kein Wunder, dass die Belange der Studierenden wie auch vieler anderen jungen Menschen die im Verdacht stehen, nur allzu schnell wieder wegzuziehen, bei den kommenden Wahlen kaum eine Rolle spielen. Im Bewusstsein, dass das politische Erinnerungsvermögen

derer, die ab 2015 die Repressionen des kommunalen Ordnungsdienst erleben, bereits bei der nächsten Kommunalwahl keine Rolle mehr spielen wird, fällt es den politisch Verantwortlichen leicht, entsprechend einseitige Entscheidungen zu fällen. So wie das Wissen darum, dass eben dort, wo sich heute das Green City Hotel erhebt, bis 2010 noch der bunte und belebte Wagenplatz des Kommando Rhino lag, nur noch bei den wenigsten Studierenden verbreitet ist, wird vermutlich die Erinnerung, dass der Augustiner noch heute ein Platz der Musik, der entspannten Gespräche in lauen Sommernächten ist, spätestens in einigen Jahren nur als eine müde Erzählung erscheinen. Die Repressionen durch den Ordnungsdienst werden von den kommenden Studierenden als etwas Gewöhnliches, Normales, kaum zu Politisierendes wahrgenommen werden.

„Wenn sich Resignation breit macht, da trotz Arbeit das Geld nicht reicht, man selbst als „Problemfall“ stigmatisiert wird, dann wird man kaum noch erwarten, von der Hand, die immer nur zuschlägt, auch Wohltaten zu erfahren.“

Während die von der Politik des Stadtrats frustrierten jungen Menschen schon längst wieder aus der Hochschulstadt weggezogen sein werden, werden sich die wohlsituierten Anwohner*innen noch immer an der neuen Totenstille in der Innenstadt erfreuen. Nur um diejenigen Parteien, welche die nächtliche Innenstadt leerfegten, in Dankbarkeit um das Ende des jugendlichen Lärms in ihrem Amt zu bestätigen.

Doch das Kalkül im Kommunalwahlkampf, noch mehr als ohnehin in Wahlkämpfen üblich, auf diejenige Gruppe zu setzen,

von der eine gewisse Sesshaftigkeit erwartet wird, erscheint den um Stimmen Konkurrerenden angesichts der bestehenden langen Wahlzyklen auch noch in anderer Hinsicht als sinnvoll. Zum Einen bieten Kommunalwahlkämpfe oftmals schon wenig Raum für emotionale Inszenierungen, durch doch recht amateurhaft auftretender Protagonist*innen mit ihren begrenzten Budgets kaum ergreifende Shows erst Recht. Zum anderen werden im Schein, sich doch mit Unmittelbarem, Konkretem - mit Sachverhalten eben - zu beschäftigen, jegliche doch in der Sache ideologische Entscheidungen entpolitisiert. Der Sprache der Sachzwänge und der „objektiv vernünftigen Entscheidungen“ wird sich nur noch mehr als auf der bundespolitischen Bühne bedient. Wird auf diese Weise jedweder Stein des Anstoßes für bisher Uninteressierte, bislang Unbetroffene, weil Zugezogene oder im Wegziehen Begriffene aus dem Sichtfeld geschafft, bleiben allein die, die wählen, was sie ohnehin schon immer gewählt haben. Oder, auf lokaler Ebene von noch größerer Bedeutung: dessen*deren Gesicht sie schon einmal bei Sport- oder Musikverein begegneten und welche sie nun auf den allgegenwärtigen Gesichtern der Wahlpakate wiedererkennen. Die Altbekanntes wählen die Altbekanntes, die Alteingessenen die Alteingessenen.

Noch weit weniger repräsentiert sind bei den Wahlen jedoch all diejenigen, derer sich die große Mehrheit der politischen Parteien ohnehin nicht mehr annimmt. Es ist kein Zufall, dass in den Bezirken der Stadt, in denen die ökonomisch Marginalisierten leben auch die niedrigsten Wahlbeteiligungen anzutreffen sind - bei einem Gefälle von beinahe vierzig Prozent zu den abstimmungsstarken Stadtteilen. Denn für was soll man stimmen, wenn die laut artikulierten Alternativen sich im Bereich zwischen Verdrängung durch Ökosanierungen und unmittelbarem Verlust der Wohnung dem städtischen Haus-

haltsausgleich wegen bewegen, wenn der aufgestockte Minilohn gerade einmal ausreicht, in einer der wenigen verbleibenden, spärlich sanierten und schon längst wieder sanierungsbedürftigen Sozialwohnungen zu leben. Im lautstarken Trommeln der überwältigenden Mehrheit der Vertreter*innen im Gemeinderat, nun endlich die Umweltrichtlinie umzusetzen, um dem Image der Green City noch mehr gerecht zu werden, sind auch die leisen Zwischentöne, die für soziale Nischen eintreten wollen, nicht mehr zu hören. Denn wenn sich Resignation breit macht, da trotz Arbeit das Geld nicht reicht, man selbst als „Problemfall“ - kriminell, wenn „Ausländer*in“ zumal – stigmatisiert wird, dann wird man kaum noch erwarten, von der Hand, die immer nur zuschlägt, auch Wohltaten zu erfahren.

Es sind in Freiburg keine Einzelfälle, keine, die „durchs Netz gefallen“ sind. Freiburg, die Stadt mit mit den höchsten Mieten in Deutschland weist gleichzeitig eins der niedrigsten Einkommensniveaus in ganz Baden-Württemberg auf. Dreitausend Menschen beziehen Lohnaufstockungen zu ihren Löhnen, vierzig Prozent aller in Freiburg tätigen sind weniger als zwanzig Stunden in der Woche tätig, gehen nur in Teilzeit der Lohnarbeit nach. Womit benannt wäre, was die Fäden des Netzes ausmacht: Nur wer in den Produktionsvorstellungen der neoliberalen kapitalistischen Ordnung Leistungen erbringt, wird aufgefangen. Die Freiheiten, die die aktuellen, „aktivierenden“ Sozialleistungen noch jenseits vom Drängen, doch wieder marktkonform verwertbar aktiv zu werden, bietet, sind marginal. Zumal in einer Stadt, die alternative Wohnprojekte wie Wagenplätze, die für die Bewohner*innen weit geringere Kosten verursachen, auch mit rechtlichen Mitteln drangsaliert.

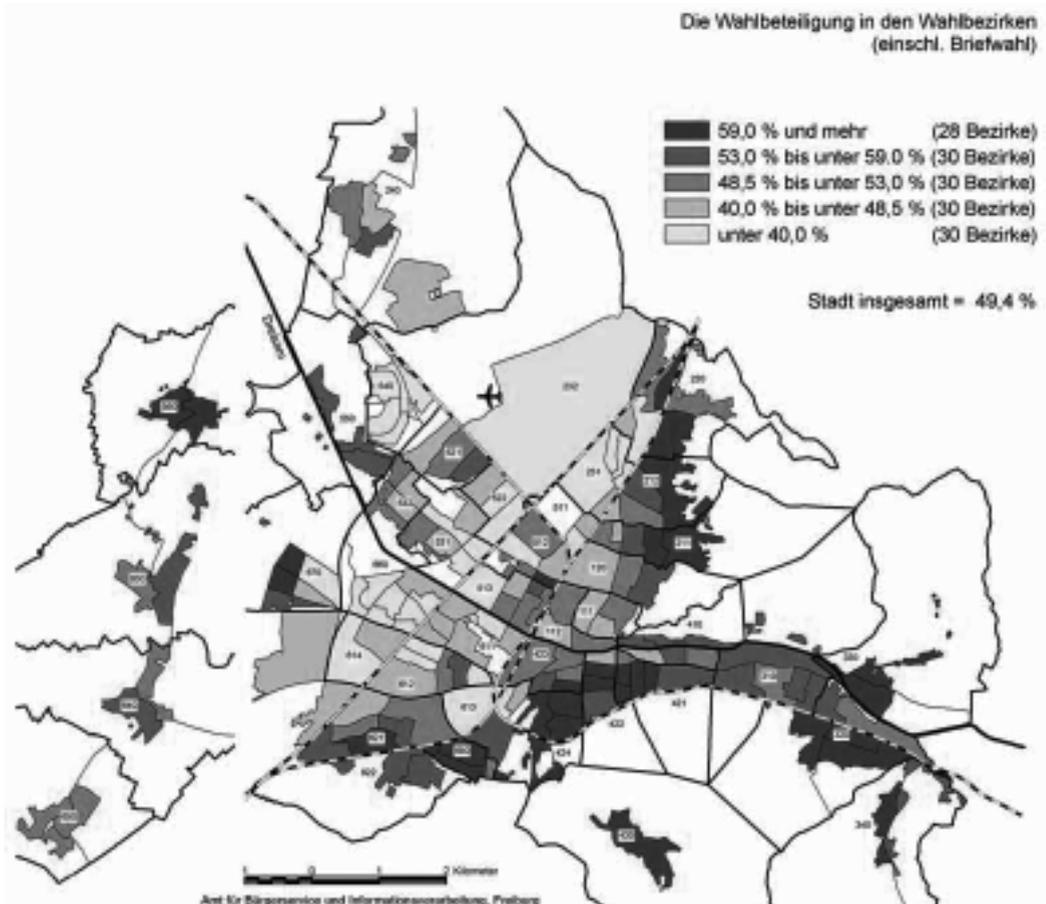
Dabei sind es genau diejenigen, die sich doch formal auf den Grundsatz

berufen, dass sich das gute Handeln am Handeln gegenüber den vermeintlich schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft misst, genau diejenigen, die gegen jene Marginalisierten umso härter vorgehen lassen. Gerade jenen, die sich immer an anderer Stelle auf den Wert des einzelnen Lebens berufen, müsste schließlich der Zynismus, der sich in ihrem Kreuz in der Urne niederschlägt, bei all der Bildung, die sie doch genossen haben, bewusst sein.

Mag es zwar wohlwollend sein, bessere Bildungschancen für alle zu fordern, so bleibt unhinterfragt, von wem diese doch überhaupt erst wahrgenommen werden sollen. Zumal wenn immer darauf beharrt wird, Freiburg sei eine offene Stadt, man sich stets den guten Verbindungen nach Frankreich, des „multikulturellen Flairs“ rühmt, so müssten auch diejenigen Anteil an dieser Offenheit haben, die ihre Fremdsprachenkenntnisse nicht im Altbau-gymnasium oder Universitätsstudium erworben haben. Wenn 23 Prozent aller Kinder im Einschulungsalter in Freiburg aufgrund ihrer Deutschkenntnisse nicht im vorgesehenen Maße am Unterricht

partizipieren können, dann muss dies von einer Stadt, die sich Integration auf die Fahnen geschrieben hat, als Herausforderung angegangen werden. Doch wenn man zu einer sich rassistischen Motiven bedienenden Lokalpresse schweigt, wenn man in bester Thatcher Tradition Sozialarbeiter*innen öffentlich bezahlte Prügler*innen vorzieht, dann beschränkt sich Integration darauf, alleinig eine Negativfolie für das Wunschbild „einkommensstarke Jungfamilie in Rieselfeld“ zu installieren. Wobei die Prügler*innen, als schlecht bezahlte und unzureichend ausgebildete gleich wieder als Prügelknaben* der studentischen Öffentlichkeit erhalten müssen.

Die bisherige Freiburger Kommunalpolitik, sie stiftet - unter den Portfolios des sonnenverwöhnten, idyllischen Innovationsstandorts - Unfrieden. Was sich da ab und an in Form von überschaubaren Demonstrationen in der Innenstadt verliert, was da noch an der Urne an Widerstand probt, hat gegenwärtig kaum noch den Charakter des Kampfs, den es teils noch immer für sich beansprucht. Weil wir Studiereden, die man



Hohe Wahlbeteiligungen in Wiehre, Herdern, Günterstal, Littenweiler, Rieselfeld und Vauban, niedrige in Weingarten, Mooswald und Haslach

mit dem Verständnis, wir sollten mündige Bürger*innen sein, erzogen hat, bereits im Kommen schon wieder ans Gehen denken, weil wir nicht wissen, was hier mal war und kaum sehen können, was hier mal sein wird, verbleiben wir schweigend indifferent. Weil man sich von Seiten der etablierten Politik auch uns gegenüber einer Sprache bedient, die nur

die öde Gewohnheit kennt, sich zudem durch entsprechende Wahlzyklen unseres Votums entzogen hat, hat man für uns die Kommunalpolitik zumeist schon begraben. Weil man die, die eigentlich zu sprechen, zu schreien hätten, sich zum Schämen in die Ecke stellt, bleiben sie, obgleich sie hier dauerhaft wohnen, stumm. Doch profitieren genau die, wel-

che aus Gewohnheit oder Form halber über die niedrigen Abstimmungsquoten mäkeln, von eben diesen. So strahlen wohl erneut die ihr Sieger*innenlächeln, deren Gesichter uns schon jetzt überall verkünden: Wähl uns, wir machen weiter. Denn so wie es ist, ist es gut.

Eric Steinsberger

Was tun bei Racial Profiling?

Einige Möglichkeiten, gegen verdachtsunabhängige Personenkontrollen gegen Schwarze aktiv zu werden

Das Antidiskriminierungsreferat organisiert dieses Semester einige Veranstaltungen zum Thema Racial Profiling, also der Ungleichbehandlung durch Staatsangestellte aufgrund von äußeren, unveränderlichen Merkmalen und Zuschreibungen, wie beispielsweise der Hautfarbe oder der Religion. Diese Ungleichbehandlung ist in Deutschland leider (noch) gängige Praxis. Wer regelmäßig Zug fährt, sich an Bahnhöfen aufhält und sich in Grenzgebieten der BRD aufhält, kennt dieses rassistische Vorgehen wohl nur allzu gut: also dass Menschen, die als nicht-deutsch-aussehend eingestuft werden, ständig ohne jeglichen Verdacht kontrolliert werden.

Am Dienstag den 29. April wurde in diesem Rahmen der Dokumentarfilm

„ID-WITHOUTCOLORS“⁽¹⁾ in der KTS gezeigt. Außerdem fand am Mittwoch den 7. Mai ein Vortrag mit Sven Adam und Tahir Della in der Uni statt. Sven Adam, einem Anwalt, der derzeit zwei Verfahren wegen Racial Profiling gegen die Bundespolizei führt und Tahir Della, Vorstandsmitglied der Initiative Schwarzer Menschen. Zu den rechtlichen Hintergründen möchte ich an dieser Stelle nicht allzu viel schreiben, außer dass Racial Profiling rechtlich nicht gedeckt ist und dem Grundgesetz widerspricht, da eine Ungleichbehandlung aufgrund von

ethnischer und/oder religiöser Zuschreibung stattfindet.

fen sind. In der anschließenden Diskussion ging es viel darum wie man sich am Besten verhält wenn man rassistisch motivierte Kontrollen beobachtet. Mir hat diese Diskussion deshalb viel gebracht, da ich zuvor zwar schon wusste, dass ich Racial Profiling echt ätzend finde und es für wichtig erachte, dagegen zu intervenieren. Dieses aktivere darüber Nachdenken, was ich in einem Fall von Racial Profiling tun könnte, macht es mir für den konkreten Fall sicherlich deutlich leichter einzuschreiten, da ich einige Verhaltensoptionen und Argumente nun zumindest theoretisch schon mal durchdacht habe. Einige Verhaltensvorschläge und Gründe, warum eine Intervention sinnvoll ist, möchte ich hier nochmal vorstellen und auch euch dazu motivieren euch mit Racial Profiling und konkreteren Handlungsoptionen auseinanderzusetzen.



Plakat von ID-Withoutcolours

Vor allem die an den Vortrag anschließende Diskussion war für mich besonders spannend. Zum einen wurde von Tahir Della betont, dass Menschen die als nicht-typisch-deutsch-aussehend eingeordnet werden, und hier vor allem Schwarze (2) Menschen, ständig von rassistisch motivierte Kontrollen betref-

Da Polizeibeamt*innen Kontrollen nicht aufgrund von äußeren Merkmalen durchführen dürfen kann ein erster Schritt sein die Beamt*innen zu fragen, weshalb diese Person denn kontrolliert wird. Außerdem kann es ein Ansatz sein, die Beamt*innen direkt mitzuteilen, dass man beobachtet hat, dass lediglich nicht „deutsch“ aussehende Menschen kontrolliert werden und dass man dies eine als rassistische und dadurch rechtswidrige Handlung ist einstuft. Dadurch sind die Beamt*innen nämlich erst mal in

einer defensiven Position und müssen ihr Vorgehen erklären. Natürlich werden die Beamt*innen nicht zugeben, dass ihre Kontrollen von rassistischen Vorurteilen geleitet werden, sie finden meist eine andere konstruierte Begründung.

Allerdings ist dieser Schritt auf jeden Fall ein Zeichen der Solidarisierung mit dem*der Betroffenen, für den*die diese Situation meist keinen Einzelfall darstellt und dem*der diese Kontrolle vermutlich sehr unangenehm ist. Mit jeder Kontrolle ohne konkreten Verdacht geht eine Kriminalisierung und Markierung als potenziell*e Verbrecher*in in der Öffentlichkeit einher. Außerdem ist es wichtig dieses rassistische Verhalten klar als solches zu benennen, auch um die umstehenden Personen darauf aufmerksam zu machen. So kann man gemeinsam gegen dieses Verhalten Position beziehen und sich mit dem*der Betroffenen solidarisieren. Es ist auch euer gutes Recht den*die Polizeibeamt*innen nach ihrem*r Dienstnummer zu fragen und zu erklären man habe vor sich bei dem*der Vorgesetzten über das rassistisch mo-

tivierte Kontrollieren zu beschweren. Natürlich sind diese Beschwerden meist erfolglos, nichtsdestotrotz muss die Polizei sich damit auseinandersetzen. Vielleicht hat man ja auch das Glück an eine*n besonders clevere*n Beamt*in zu geraten, der*die sogar zugibt, dass er*sie die Kontrolle aufgrund von rassistischen Zuschreibungen vorgenommen hat.

In diesem Fall kann man dann Klage erheben. Dazu ist es von großer Bedeutung, Kontaktdaten auszutauschen und Passanten und damit mögliche Zeug*innen zu bitten dies auch zu tun. Im Prinzip geht es in Situationen in denen man sich gegen Racial Profiling einsetzt weniger darum den Klageweg einzuschlagen, als vielmehr darum auf diesen gesellschaftlichen Missstand hinzuweisen, sich mit der betroffenen Person solidarisch zu zeigen und den*die Beamt*in so zu nerven, dass er*sie in Zukunft im besten Fall davon absieht weiterhin rassistische Kontrollen durchzuführen bzw. dies zumindest nicht mehr allzu leichtfertig tut. Im besten Fall könnt ihr

mit dem Ansprechen der Polizeibeamt*in sogar eine Person ohne Papiere vor einer Abschiebung bewahren.

Auf diesen Missstand öffentlich aufmerksam zu machen ist eine gesellschaftliche Handlung, die dazu führen kann, dass Racial Profiling hoffentlich nicht mehr so alltäglich ist, wie im Moment. Natürlich sind dies nur kleine Schritte, aber auch diese Schritte sind vermutlich nötig um einer besseren, weil weniger rassistischen Welt näher zu kommen.

Rebekka Blum

Wichtige Kontaktdaten für Betroffene:

Notdienst der Strafverteidiger/innen:
0172-3255553

Opferberatungsstellen: <http://www.kop-berlin.de/beratung>

Der Traum von Revolution

Eine Reise durch turbulente Wirklichkeiten

Ukraine. Mir ist es unmöglich, alle Ursprünge und Ereignisse zusammenzufassen und zu erläutern. Deshalb besteht dieser Einblick vor allem aus Eindrücken, die ich in meiner Zeit als Sprachassistentin, von Oktober 2013 bis März 2014, in der Ukraine gemacht habe.

Als ich in Cherson ankam, einer kleineren Stadt im Süden der Ukraine, hatte niemand ansatzweise geahnt, was passieren würde. Mitte Oktober war ich für eine Woche in Kiew, der Majdan Nezaležnosti und der Chreščatik lagen friedlich da, Touristen fotografierten und flanierten. Hier gibt es eine Säule mit der Statue von Mutter Ukraine. Richtung Dnjepr sieht man eine weitere Attraktion: den Regenbogen. Ein Denkmal, dass für die Freundschaft zwischen der Ukraine und Russland steht.

Zurück in Cherson verlebte ich den Alltag mit Deutschkurs geben, Menschen

kennenlernen und den Herbst genießen. Ende November sollte das Assoziationsabkommen mit der EU unterschrieben werden, doch Janukovič unterlies dies. Menschen in Kiew gingen auf den Majdan und bekundeten ihre Missbilligung mit dieser Entscheidung. Am 30. November wurde ein Protest blutig niedergeschlagen. Darauf reagierten Menschen im gesamten Land und gingen auf die Straße. Die Pro-



Kiew. März 2014. Streetart.

für die Unabhängigkeit der Krim von der Ukraine und den Anschluss an Russland wurde vorbereitet. Ich machte einen Ausflug in die Oblast' Odessa, westlich von Cherson. Auf dem Weg passierten wir eine Straßenbarrikade von „grünen Männchen“. Es war Ende Februar. Ukrainische Panzer wurden durch Mikolaev transportiert und bejubelt.

In Cherson versuchte der Alltag weiter zu gehen. Lenin war nicht mehr da. Einige begannen die Nachrichten nicht mehr anzusehen. Die Stadt war ruhig – was interessierte es da, was die Männer in Kiew aushandelten? Wenn grüne Männchen oder Russen kommen würden – was hätte man dagegen tun sollen?

Zwei Wochen später fand das Referendum auf der Krim statt. Menschen wählten anscheinend die Russland-Variante. Unter welchen Bedingungen bleibt für mich bis heute unklar. Zu der Zeit war ich nicht mehr in Cherson. Ich bin nach Kiew gefahren – Zwischenhalt auf der Rückreise nach Deutschland. Die Lage wurde mir zu unübersichtlich und unvorhersehbar. Der Kiewer Majdan hatte sich verändert. Tausende Rosen. Steckbriefe von den getöteten Menschen. Einschusslöcher in Bauwerken und Laternenpfosten. Ausgebrannte

Busse. Ein riesiges ausgebranntes Gebäude. Gegenüber: Mutter Ukraine, die auf das hunderte Meter weit aufgebrochene Pflaster hinuntersah. Irgendwo dahinter der Regenbogen.

Seit Ende März bin ich in Deutschland. Ich versuche mit den Ereignissen in der Ukraine weiter auf dem Laufenden zu bleiben – welchen Quellen kann man vertrauen? Nur meinen Freund*innen vor Ort. Die sagen, alles ist OK, wie immer. Die Bilder in den Medien zeigen etwas anderes. Doch sie zeigen nur die Plätze und Straßen, auf denen es heiß her geht. Eine Stadt ist groß, in Kiew könnte man leben, ohne die Revolution mitzubekommen. Noch größer ist die Ukraine.

Was wir hier mitbekommen – Demonstrationen in der Ostukraine, Bürgermeister, die sich selbst ernennen; Menschen, die verschleppt werden, gefoltert, ermordet. Das alles passiert wirklich. Doch eben nicht überall. Vorrangig ist der Alltag. Es ist Mitte Mai. Es gibt ein zweites Referendum. Für die Unabhängigkeit der Oblasten Lugansk und Doneck. Welche Umstände? Das bleibt unklar. Es ist Mitte Mai. Meine Kolleg*innen werden von ihren Standpunkten nach Kiew gerufen. In

der Ukraine gibt es eine festgefahrene Situation in der alles möglich scheint – in der es gefährlich sein kann russisch oder ukrainisch zu sprechen, oder seine Meinung zu äußern. Was kommt bleibt unklar.

Dieser Artikel soll eine der Wirklichkeiten zeigen: ein paar meiner Erinnerungen. Es gibt keine allgemeingültige Wahrheit. Deshalb ziehe ich mich von der Wirklichkeit zurück, die so schwer zu begreifen ist und träume weiter von einer Utopie, in der Grenzen, Nationen und Regierungen nicht mehr nötig sind – und damit auch keine Revolutionen.

Tatjana Kulow

Zum Weiterlesen:

www.eurasischesmagazin.de (Deutsch), <http://www.laender-analysen.de/> (Deutsch) hier: Ukraine-Analysen und Russland-Analysen, www.kyivpost.com (Englisch), www.lb.ua (Russisch und Ukrainisch)



Cherson. Oktober 2013. Fischer am Dnjepr.

Initiative ergreifen!

Wie jede*r (hochschulpolitisch) mitgestalten kann

Am 24. und 25. Juni sind Studierende-ndendenrats-(StuRa-)Wahlen. Doch was hat das für eine Relevanz für die oder den* einzelne*n Studi? Entscheidungen werden doch von allen Studis jeweils auf ihren Fachbereichssitzungen getroffen und der StuRa ist das Gremium, das für das Austauschen der von diesen dort verhandelten Meinungen und Sichtweisen und für das Zusammentragen der dort getroffenen Entscheidungen zuständig ist. Bei diesem Zusammentragen und Austauschen von Argumenten im StuRa geht es vor allem darum, eine umfassende Informationsgrundlage zu schaffen, die es allen Studierenden ermöglicht, sich eine differenzierte Meinung zu bilden und sich dann entscheiden zu können.

Um dies zu gewährleisten, trifft sich der StuRa, bestehend aus 33 Fachbereichen und bis zu zehn Initiativen, also studentischen Interessensgruppen, einmal wöchentlich und diskutiert über aktuelle Ereignisse. Wie der StuRa zusammengesetzt ist, wird jedes Jahr im Sommersemester neu durch eine Wahl entschieden – so auch 2014.

Ein Datum, das man sich also merken sollte: 24. und 25. Juni.

Gewählt werden hier zum einen die Vertreter*innen der einzelnen Fachbereiche, welche die Entscheidungen aus ihren Fachbereichssitzungen in den StuRa tragen, zum anderen die Abgeordneten aus den Initiativen. Während die Fachbereiche immer fest im StuRa vertreten sind, hängt es vom Wahlergebnis ab, welche zehn Initiativen die Studierenden im Studierendenrat sitzen haben, also welche Sichtweisen sie im StuRa stärker vertreten sehen wollen und damit welche Argumente sie aus dem StuRa in ihren Fachbereichssitzungen hören. Es geht also um nicht weniger, als die politischen Ausrichtungen, die in der Studierendenvertretung diskursprägend sein sollen.

Alle interessierten Studierenden können sich schließlich auf mehreren Wegen einbringen und die Entscheidungsfindung

mitbeeinflussen. Neben dem immer offenen Weg der direktdemokratischen Einflussnahme auf den Fachbereichssitzungen und der Abstimmung an den Wahltagen könnt Ihr selbst bei den Wahlen antreten:

Entweder als Fachbereichsvertreter*innen; hierzu wird innerhalb des Fachbereichs eine Liste mit maximal elf Menschen erstellt, die sich dann für die Belange ihres Fachbereiches einsetzen und diesen in den StuRasitzungen vertreten. Sie sind dabei dem imperativen Mandat verpflichtet. Das bedeutet, dass sie die Entscheidungen, die auf den Fachbereichssitzungen getroffen wurden – unabhängig ihrer persönlichen Meinung – im Studierendenrat wiedergeben.



Wer eine eigene Liste einreicht, kann den eigenen Ansichten Gehör verschaffen und gibt den Studierenden gleichzeitig eine größere Auswahl bei der Abstimmung

Oder als Initiativenabgeordnete; hier hat jede*r, die*der die eigene Meinung nicht (oder nicht ausreichend) im jeweiligen Fachbereich repräsentiert sieht, die Möglichkeit alleine oder als Gruppe mit einer eigenen Liste anzutreten. Die Initiativen befassen sich eher aus einer bestimmten Interessenausrichtung oder politischen Perspektive mit dem Studienalltag und allen anderen für die Studierendenvertretung relevanten Themen. Dabei sind euch keinerlei Grenzen gesetzt; Hochschulgruppen großer Parteien sind genauso willkommen wie Gruppen, die in erster Linie ein einzelnes Thema ver-

folgen. Wenn Dir „Kois im Mensateich“ oder „Zebrastreifen vor der Mensa“ oder ein satirischer Spiegel im Gesicht der politischen Vertretung wichtig sind, kannst Du selbst dafür sorgen, dass diese Themen im Studierendenrat präsent sind. Wer zur Wahl antritt tut etwas für die Meinungsvielfalt im StuRa, denn im Gegensatz zu den Fachbereichsvertretern müssen sich Abgeordnete einer Initiative nicht an das imperative Mandat halten – dürfen dies aber selbstverständlich gerne tun.

Wenn Du also Lust hast, Dich einzubringen, dann informiere Dich unter www.stura.org/wahlen2014. Dort kannst Du auch den Listenvordruck finden, den richtig auszufüllen und rechtzeitig abzugeben die einzige Hürde ist, um als Initiativliste bei den Wahlen anzutreten.

Noch einige wichtige Hinweise für das Einreichen der Listen: Die Deadline zur Einreichung aller Listen ist am 27. Mai um 14 Uhr im Sekretariat im EG des Studierendenhauses in der Belfortstraße 24. Später eingehende Listen werden nicht zugelassen. Weiter sollte beachtet werden, dass die Menschen auf den Listen, auf keiner anderen Liste für das selbe Gremium kandidieren dürfen (es ist jedoch möglich mehrere Listen als Unterstützer zu unterzeichnen). Aus organisatorischen Gründen liegen die Wahlen dieses Jahr auf den gleichen Tagen wie die Uni-Wahlen zu den studentischen Senatoren und den studentischen Vertretern der einzelnen Fakultätsräten. Ob die Wahlen des StuRas auch zukünftig noch zeitgleich mit den Universitätswahlen stattfinden wird, hängt auch davon ab, wie gut oder schlecht der Ablauf der Wahlen dieses Jahr funktioniern wird.

Also: Beteilige Dich, in Deinem Fachbereich und vielleicht in Deiner eigenen Initiative, entscheide mit und hilf die Studierenden zu vertreten. Sei dabei bei den StuRa-Wahlen am 24. und 25. Juni 2014!

Rebecca, Matze und Julian
Vorstand

Must-gos!

Donnerstag, 22.05. 22 Uhr Blockupy Soli-Party Wheat Rabbit

Freitag, 23.05. 19:30 Uhr „Die Situation der Flüchtlinge“ Vortrag Infolden KTS

Samstag, 24.05. 15 Uhr Fahrraddemo Sand im Getriebe, Start: Busbahnhof ZOB

Sonntag, 25.05. Kommunal- und Europawahl

Mittwoch, 28.05. bis Sonntag, 08.06. autonome Kulturwoche zum 20 Jahre KTS Jubiläum, Programm Siehe Seite 9

Samstag, 31.05. 22 Uhr Pink Party des Regenbogen-Referats in der Mensa Rempartstraße

Impressum

Berta #851, 22.05.2014 (41. Jahrgang), 20 Seiten, Auflage: 1000 Stück.

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Eric Steinsberger (V.i.S.d.P., Stud.live), Anna Tenberg, Tomas Seyfried, Tatjana Kulow

V.i.S.d.P. für Service: Julian Zimmer, c/o AStA Uni Freiburg.

Kontakt: Berta, c/o AStA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax (0761) 203-2034; referat-presse@stura.uni-freiburg.de

Bildrechte: alle CC außer: S. 13 (Stadt Freiburg), S. 15-17 (T. Kulow), S. 18 (Die HOCHSCHULGRUPPE)

Die Berta ist das offizielle Presseorgan des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des AStA wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

AStA-Service (Telefon 203-2032, Fax -2034) – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@stura.org

Mo-Fr 11-14 Uhr

Vincent Heckmann, Anne Schäfer, Hannes Hein

Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. ISICs, Büromaterial, Zapatista Kaffee, ...)

EDV: Till Oßwald, Anna Tenberg - edv@u-asta.de

nach Vereinbarung

BAföG-Beratung: bafoeg-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Rechtsberatung:

Di, 14-16 Uhr

Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Psychologische Beratung: Maria Richter psychologische-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Beratung für Studierende mit Kind studierenmitkind@u-asta.de

nach Vereinbarung

Konferenzen (Hieran kann jede*r Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!) – www.u-asta.de/struktur

AStA (Konferenz der AStA Referate): vorstand@stura.org

Fr, 14 Uhr

StuRA (Studierendenrat): praesidium@stura.org

Di, 18 Uhr

Vorstand: Matthias Gornik, Rebecca Leins und Julian Zimmer- vorstand@stura.org

Mo-Fr 10-13 Uhr, Mo,Do 14-16 Uhr Tel: 203-2033

WSSK (Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission): wssk@stura.org

nach Vereinbarung

Referate (Jede*r Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!) – www.u-asta.de/engagement/referate

Referat gegen Faschismus: gegenfaschismus@stura.org

Fr, 14 Uhr

Antidiskriminierungs-Referat: Michal Armbruster – leoni.michal.armbruster@gmx.de

noch offen

Außen-Referat: Anne Schäfer – außen@stura.org

nach Vereinbarung

Datenschutz-Referat: Vincent Heckmann referat-datenschutz@stura.org

Do, 15 Uhr

Finanz-Referat: Thomas Seyfried- finanzen@stura.org

nach Vereinbarung, Tel: 203-9648

StuRa Präsidium: Jonas Hermann, Leonard Frank – praesidium@stura.org

noch offen

Gender-Referat: Rebekka Blum – gender@stura.org

Mo, 20 Uhr,

HoPo-Referat: Lena Becker- referat-hopo@stura.org

Di, 16 Uhr

Kultur-Referat: Georg Ostendorff – referat-kultur@stura.org

noch offen

Lehramt-Referat: Sara San – referat-lehramt@stura.org

Di, 17 Uhr

Referat für politische Bildung: Anna Tenberg – anna@u-asta.de

nach Vereinbarung

Presse-Referat (berta): Eric Steinsberger – referat-presse@stura.org

Mi, 12:30 Uhr

Regenbogen-Referat: Fabian Wenzelmann – referat-regenbogen@stura.org

Mo, 20 Uhr, Rosa Hilfe

Studieren ohne Hürden: Andreas Hanka – referat-soh@stura.org

nach Vereinbarung

Umweltreferat: Sabrina Friedl – referat-umwelt@stura.org

noch offen

Wegen des Semesterwechsels ändern sich manche Termine. Die neuesten und weitere Infos findet ihr wie immer unter www.stura.org.

Die Studierendenvertretung informiert:

Neue Regelungen für Universitätswahlkampf beschlossen

Von der Vollversammlung am Mittwoch, den 30. April 2014 ergeht folgender Beschluss bezüglich der Regulierung des studentischen Universitätswahlkampfes:

1. Universitätswahlkampf bezeichnet alle Werbeaktionen aller solcher Gruppen, welche sich als Listen für die unter 2. genannten Wahlen bewerben und alle jene Gruppen und Einzelpersonen, welche sich mit diesen solidarisch zeigen.
2. Die von der Regelung betroffenen Abstimmungen sind a) die Wahl aller Mitglieder des Studierendenrats, sowohl von Fachbereichsvertretungen als auch sogenannte „Initiativen“ als auch b) alle für die studentischen Vertreter*innen im Senat kandidierenden Listen.
3. Auf Online-Werbung, sowohl in Form von Webseiten, Blogs oder Emailverteilern ist zu verzichten.
4. Das Anbringen von Plakaten, Schriftzügen, Bannern oder Ähnlichem ist ausschließlich in den Hausmeister*innenbüros der Universität gestattet.
5. Das Tragen von Kleidung, welche auf Listen hinweist, ist zu unterlassen.
6. Das Sprechen von Slogans, Abspielen von Musik oder anderen Audiodateien auf Plätzen, Hallen oder Gängen ist verboten.
7. Das Abspielen von Videos auf Plätzen, Hallen oder Gängen ist verboten.
8. Das Verteilen oder Auslegen von Flyern ist zu unterlassen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren ist der Universitätswahlkampf eskaliert. So wurden oftmals die Räumlichkeiten der Universität durch ein Übermaß an Plakaten verunstaltet. Diese Vielzahl der Plakate hält Menschen zudem eher ab, an der Wahl teilzunehmen. Die „Plakatschlacht“ wirft weiter ein schlechtes Licht auf die Studierendenvertretung.

Die massenhafte Verwendung des wertvollen Rohstoffs Papier im Zuge des Wahlkampfes in Form von Plakaten und Flyern ist im bisher bekannten Maße unverhältnismäßig und umweltschädlich. Die Studierendenschaft muss dem Leitbild der Green City folgen. Die vorgesehenen Möglichkeiten in den Büros der Hausmeister*innen ermöglichen hingegen eine ausreichende Möglichkeit zur Beschäftigung mit den genaueren Absichten der Listen. Schließlich verfügen die Studierenden hier über die notwendige Ruhe und Ungestörtheit.

Die Verwendung von Bannern setzt die Studierenden bezüglich des Brandschutz ungeahnten Risiken aus. Eine Studierendenvertretung hat sich jedoch für das Wohl der Studierenden einzusetzen.

Um einem Übergreifen des Wahlkampfes auf das Internet zu verhindern, ist es nötig, die vorgesehenen Regulierungen auf dieser Ebene vorzunehmen. Bereits jetzt leiden viele Studierende an übervollen Postfächern. Zudem verursacht Onlinewerbung einen enormen Energieverbrauch. Auch auf diesen ist angesichts des Leitbilds der Green City zu verzichten.

Gleiches gilt für das Abspielen von Videos und Musik sowie den Einsatz von Lautsprecheranlagen. Auch diese verbrauchen in dem Anlass der Sache unangemessen Maße Energie und schädigen die Umwelt. Weiter stören sie die Studierenden, wie die ebenfalls verbotenen gesprochenen Slogans, beim Studieren. Die Wiedererlangung des Status der Exzellenz ist in Folge dessen gefährdet.

Die folgenden Regelungen treten mit der Verkündung am heutigen Tage in Kraft. Ihnen ist Folge zu leisten. Bei Verstoß drohen Sanktionen bis zum Verbot der verantwortlichen Liste.

Die VS - Verantwortliche Studierendensicherheit